

Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 2020

Gemäß § 128 Abs. 3 Nr. 1 NKomVG in Verbindung mit § 57 KomHKVO - jeweils in der geltenden Fassung - ist als Anhang zum Jahresabschluss ein Rechenschaftsbericht zu erstellen.

In ihm werden, den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend, der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die finanzwirtschaftliche Lage der Kommune dargestellt. Dabei wird eine Bewertung der Jahresabschlussrechnungen vorgenommen.

Der Rechenschaftsbericht soll auch

- Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind, und
- zu erwartende mögliche finanzwirtschaftliche Risiken für die Aufgabenerfüllung von besonderer Bedeutung

darstellen.

1. Verfahrensablauf / Besonderheiten

Der Kreistag hat sich in seiner Sitzung am 16.12.2019 mit der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan nebst Anlagen befasst. Dabei wurden die von der Verwaltung erarbeiteten Vorlagen unverändert beschlossen.

Folgende Summen wurden beschlossen:

a) Ergebnishaushalt

ordentliche Erträge	134.980.100,00 EUR
ordentliche Aufwendungen	134.980.100,00 EUR
außerordentliche Erträge	0,00 EUR
außerordentliche Aufwendungen	0,00 EUR

b) Finanzhaushalt

Einzahlungen	140.069.900,00 EUR
Auszahlungen	138.780.300,00 EUR

Von den Einzahlungen und Auszahlungen entfielen

- auf Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	124.000.600,00 EUR
- auf Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	121.063.500,00 EUR
- auf Einzahlungen für Investitionen	7.000.500,00 EUR
- auf Auszahlungen für Investitionen	16.069.300,00 EUR
- auf Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	9.068.800,00 EUR
- auf Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	1.647.500,00 EUR

Der Haushalt wurde nach der Beschlussfassung des Kreistages ausgeglichen geplant.

In der Haushaltssatzung wurden der Gesamtbetrag der Investitionskredite auf 9.068.800,00 EUR und der Höchstbetrag der Liquiditätskredite auf 45,5 Mio. EUR festgesetzt.

Verpflichtungsermächtigungen wurden nicht veranschlagt.

Die Hebesätze für die Kreisumlage wurden mit 56 % der Steuerkraftmesszahlen und 60 % von 90 % der Schlüsselzuweisungen gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Die kommunalaufsichtsbehördlich notwendige Satzungsgenehmigung durch das Nds. Ministerium für Inneres und Sport (MI) wurde unter dem 13.03.2020 erteilt. Die Haushaltsgenehmigung war mit verschiedenen Hinweisen versehen.

Eine erneute Beschlussfassung des Kreistages war damit nicht notwendig. Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wurde am 19.03.2020 in der Elbe-Jeetzel-Zeitung veröffentlicht.

Eine Nachtragshaushaltssatzung wurde im Haushaltsjahr 2020 nicht erlassen.

2. Kreditaufnahmen

Ansatz lt. Haushaltssatzung 9.068.600,00 EUR

3. Verpflichtungsermächtigungen

Verpflichtungsermächtigungen wurden nicht veranschlagt.

4. Entwicklung der Verschuldung (investiv)

Schuldenstand am 01.01.2020	51.438.499,71 EUR
ordentliche Tilgung 2020	2.848.478,38 EUR
Neuaufnahmen	<u>934.524,99 EUR</u>
Schuldenstand am 31.12.2020	49.524.546,32 EUR

5. Bürgschaftsübernahmen

Die vom Landkreis übernommenen Bürgschaften stellen sich wie folgt dar:

- a) Der Landkreis hat im Zuge des Verkaufs der Elbe-Jeetzel-Klinik Dannenberg eine Verpflichtungserklärung gegenüber der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) dergestalt abgegeben, dass er für sämtliche Verpflichtungen aus der Pflichtversicherung, aus Leistungsansprüchen und Anwartschaften für einen Personalbestand von maximal 216,1 Vollzeitkräften einsteht, für den Fall, dass diese Leistungen vom neuen Betreiber der Klinik nicht erbracht werden. Die Bezirksregierung hat die Verpflichtungserklärung am 01.11.2004 genehmigt.
Zur Absicherung dieser Risiken erhält der Landkreis vom jetzigen Klinikbetreiber einen jährlichen Risikozuschlag von derzeit rund 113.600,00 EUR.
- b) Des Weiteren hat der Landkreis am 30.07.2004 eine Forderungs- und Eintrittserklärung zugunsten des DRK-Kreisverbandes Lüchow-Dannenberg zur Absicherung der Finanzierung für die Errichtung einer Schule für geistig behinderte Kinder und Jugendliche abgegeben.
- c) Zugunsten der 100 %igen Landkreis-Tochter Lüchow-Schmarsauer Eisenbahn GmbH (LSE) sind zur Beschaffung neuer Busse die nachstehend aufgeführten Bürgschaften abgegeben worden, damit die LSE in den Genuss von Kommunalkredit-Konditionen kommt:
 1. Bürgschaft über 205.900,00 EUR; Genehmigung MI vom 24.06.2010
 2. Bürgschaft über 415.000,00 EUR, Genehmigung MI vom 28.06.2011
 3. Bürgschaft über 600.000,00 EUR; Genehmigung MI vom 02.07.2012
 4. Bürgschaft über 550.000,00 EUR; Genehmigung MI vom 01.07.2013
 5. Bürgschaft über 277.344,00 EUR, Genehmigung MI vom 13.10.2016
 6. Bürgschaft über 177.458,00 EUR, Genehmigung MI vom 24.03.2017
 7. Bürgschaft über 536.456,00 EUR, Genehmigung MI vom 04.10.2018

In 2019 und 2020 wurden keine weiteren Bürgschaften abgegeben.

Bei der Abgabe der Bürgschaften war sichergestellt, dass die Vorgaben der sogenannten „de-minimis-Verordnung“ eingehalten werden.

6. Liquiditätskredite

a) Genehmigungsfreier Höchstbetrag von 1/6 der Einzahlungen des Finanzhaushalts aus laufender Verwaltungstätigkeit	20.666.766,67 EUR
b) festgesetzter und genehmigter Liquiditätskreditrahmen	45.500.000,00 EUR
c) eingeräumt als Kontokorrentkredit bei der Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg lt. Kreditvertrag vom 19.01.2009 (Vertrag gilt bis Kündigung mit festem Sonderzinssatz von 6,0 %)	5.000.000,00 EUR

7. Erwirtschaftete Abschreibungen

Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten von Vermögensgegenständen und die daraus entstehenden Abschreibungen sind im doppischen Haushalt flächendeckend - und nicht kalkulatorisch – erfasst. Sie dienen der Darstellung des Ressourcenverbrauches und sind im weitesten Sinn mit der in kameraleen Haushalten vorgesehenen Zuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe der ordentlichen Tilgung zu vergleichen.

Im Gesamtergebnisplan 2020 waren Abschreibungen in Höhe von 3.647.700,00 EUR vorgesehen. Tatsächlich erwirtschaftet sind Abschreibungen in Höhe von 6.939.446,51 EUR, von denen 3.351.599,74 EUR auf Forderungsabschreibungen entfallen. Bei gleichzeitigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für Investitionstätigkeiten von 4.747.369,06 EUR ist damit im Jahr 2020 zusätzliches Vermögen geschaffen worden.

Gleichzeitig sind Einzahlungen im Finanzhaushalt für Investitionstätigkeiten von 3.580.407,28 EUR geflossen, die die Kreditaufnahmen entsprechend verringern.

8. Entwicklung der Jahresergebnisse des Ergebnishaushalts

Aufgrund der defizitären Verwaltungshaushalte weisen die Abschlüsse ab 1994 Sollfehlbeträge aus, die unterhalb der ausgewiesenen Sollfehlbedarfe eingetreten sind, und zwar in folgender Höhe (bis 2005 im Verwaltungs-, danach im Ergebnishaushalt abgebildet):

Haushaltsjahr	EUR
1994	2.785.743,92
1995	4.955.250,30
1996	3.931.911,81
1997	8.497.838,41
1998	9.109.312,71
1999	4.062.379,22
2000	5.385.499,32
2001	2.890.382,25
2002	10.484.554,42
2003	9.149.292,52
2004	14.194.425,27
2005	10.775.949,28
gebildete Haushaltsreste 2005	-2.395.685,28
Zwischensumme	83.826.854,15
2006	14.511.734,88
2007	-306.140,82
2008	6.137.151,31
2009	4.831.253,66
2010	9.939.180,09
2011	5.788.862,57
2012	1.270.403,51
2013 Fehlbetrag Landkreis	2.083.421,58
2013 Fehlbetrag opt. RB GW	3.579,10
2014 Auflösung Rücklage opt. RB GW	-144.892,54
2014	-588.900,80
2015	-81.551.766,71
2016	-88.738,15
2017	-364.267,57
2018	-173.519,79
2019	-2.174.445,62
2020	-5.186.358,39
Summe der Fehlbeträge bis 2020	37.813.410,46

Hieraus ist ablesbar, dass es dem Landkreis seit 2014 (hier noch unter Zuhilfenahme einer Bedarfszuweisung) in jedem Jahr gelungen ist, den Ergebnishaushalt auszugleichen. Auch in den Jahren 2019 und 2020 wurden dem Landkreis Bedarfszuweisungen in Höhe von 5,0 bzw. 8,0 Mio. EUR gewährt, die den Haushaltsausgleich ermöglicht haben.

Zum Berichtsstichtag des haushaltswirtschaftlichen Berichtes zum 30.09.2020 war mit einem positiven Ergebnis von rd. 7,9 Mio. EUR gerechnet worden. Die „Verschlechterung“ gegenüber dieser Prognose ist darauf zurück zu führen, dass aufgrund der wahrscheinlichen Uneinbringlichkeit Forderungen gegen den insolventen Großschlachtbetrieb in Höhe von rd. 3,3 Mio. EUR bereinigt wurden, so dass sich das Jahresergebnis in diesem Umfang verschlechterte.

Der Landkreis hat sich im Rahmen des Zukunftsvertrages bekanntlich verpflichtet, für die nächsten 10 Jahre ausgeglichene Haushalte vorzulegen, was durch die gewährte Bedarfszuweisung erfreulicherweise mehr als geglückt ist. Allerdings hätte der Landkreis ohne diese Bedarfszuweisung ein Defizit von rund 2,8 Mio. EUR erwirtschaftet. Da aber die Insolvenz des Großschlachtbetriebes als außergewöhnliches Ereignis im Rahmen des Zukunftsvertrages angesehen wird, ist das Ziel des Zukunftsvertrages trotzdem erreicht.

Zu erwähnen ist allerdings, dass – wenn man die bereinigten Forderungen außer Acht lässt – der Landkreis ein positives Ergebnis von knapp 8,5 Mio. EUR erzielt hätte, so dass der in den Haushalt eingeplante Konsolidierungsbeitrag von 2,7 Mio. EUR auch ohne die Bedarfszuweisung tatsächlich mehr als erreicht wurde.

Einzelheiten hierzu enthält dieser Bericht unter Ziffer 13.

9. Übersicht über die Entwicklung der Kreisumlage

HH-Jahr	Aufkommen	Steuerkraft	Schl.Zuw.	Landesdurchschnitt
1995	14.416.594,49 EUR	50%	50%	46,6%
1996	14.134.111,86 EUR	51%	55%	50,5%
1997	12.987.034,66 EUR	51%	55%	51,8%
1998	13.239.134,28 EUR	51%	55%	52,0%
1999	14.507.856,00 EUR	51%	55%	50,2%
2000	14.814.494,10 EUR	51%	55%	49,7%
2001	14.428.714,15 EUR	51%	55%	50,3%
2002	14.168.632,00 EUR	51%	55%	49,7%
2003	13.219.638,49 EUR	51%	55%	50,1%
2004	13.521.672,92 EUR	51%	55%	50,8%
2005	15.002.212,77 EUR	56%	60%	51,5%
2006	15.508.136,12 EUR	56%	60%	51,6%
2007	19.093.008,00 EUR	56%	60%	51,2%
2008	19.802.363,20 EUR	56%	60%	51,3%
2009	21.079.079,12 EUR	56%	60%	51,2%
2010	19.411.553,03 EUR	56%	60%	51,6%
2011	19.194.008,00 EUR	56%	60%	51,6%
2012	21.033.405,44 EUR	56%	60%	51,2%
2013	22.236.461,20 EUR	56%	60%	49,9%
2014	24.404.997,48 EUR	56%	60%	49,5%
2015	24.492.928,00 EUR	56%	60%	49,0%
2016	24.996.961,00 EUR	56%	60%	48,5%
2017	26.980.544,00 EUR	56%	60%	47,6%
2018	28.191.328,00 EUR	56%	60%	46,8%
2019	29.487.528,00 EUR	56%	60%	46,3%
2020	30.615.096,00 EUR	56%	60%	45,4%

FAG-Zuweisungen/Kreisumlage

Diese Einnahmen haben sich gegenüber 2019 wie folgt verändert:

	Haushalt- soll 2020:	Festsetzung 2020	Abweichung	nachrichtlich Festsetzung 2019:	Änderung 2020 zu 2019:
Schlüsselzuweisungen	26.800.000,00 EUR	28.354.704,00 EUR	1.554.704,00 EUR	25.568.344,00 EUR	2.786.360,00 EUR
Zuweisung für Aufgaben des übertr. Wirkungskreises	1.900.000,00 EUR	1.883.672,00 EUR	-16.328,00 EUR	1.878.216,00 EUR	5.456,00 EUR
Kreisumlage (56%/60%)	30.000.000,00 EUR	30.615.096,00 EUR	615.096,00 EUR	29.487.528,00 EUR	1.127.568,00 EUR
Summe der Einnahmen	58.700.000,00 EUR	60.853.472,00 EUR	2.153.472,00 EUR	56.934.088,00 EUR	3.919.384,00 EUR

Die Schlüsselzuweisungen und die Kreisumlage machen fast 45 % des gesamten Haushaltsvolumens aus. Gegenüber den Festsetzungen im Haushaltsplan ergab sich - aufgrund von weiterhin guten konjunkturellen Rahmenbedingungen der Jahre 2018 und 2019 - eine deutliche Einnahmeverbesserung von rund 2,15 Mio. EUR.

10. Erläuterung der offenen Debitorenforderungen

In der **Bilanz** sind Forderungen in Höhe von insgesamt 8.072.797,71 EUR ausgewiesen. Hiervon muss der folgende Betrag abgesetzt werden, so dass dann der nachstehende Betrag der offenen Forderungen (Debitorenposten) verbleibt:

641.464,46 EUR - Versorgungsrücklage

Die offenen Forderungen betragen	HHJ 2019	HHJ 2020
a) im Ergebnishaushalt	9.626.996,41 EUR	7.431.333,25 EUR
b) im Investivhaushalt	<u>0,00 EUR</u>	<u>0,00 EUR</u>
insgesamt:	9.626.996,41 EUR	7.431.333,25 EUR

Die offenen Forderungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 2,19 Mio. EUR verringert.

Berücksichtigt man die vorstehenden Ausführungen sowie die in der nachstehenden Zusammenstellung aufgeführten Bereinigungen, so sind die auf viele Einzelschuldner entfallenden Forderungen leicht angestiegen.

Entwicklung der Forderungen 2016 – 2020

	2016	2017	2018	2019	2020
offene Posten	8.226.695,42	9.054.248,70	9.640.945,12	9.626.996,41	7.431.333,25
Erstattungen Land für UMAs	-570.900,00	-827.700,00	-993.200,00	-124.700,00	-271.500,00
Zuwendungen/Kostenerstattungen Land GRUSI, Krippenausbau, Wohngeld etc.	-343.400,00	-369.100,00	-1.718.100,00	-1.626.100,00	-1.875.300,00
OWI (diverse Schuldner)	-350.400,00	-356.500,00	-369.200,00	-326.100,00	-300.100,00
Abfallbeseitigung	-142.400,00	-150.600,00	-136.300,00	-208.568,81	-243.300,00
Gebührenschildner Großschlachtbetriebe	-3.306.300,00	-3.313.400,00	-3.313.400,00	-3.313.400,00	0,00
Rettungsdienst	-1.049.100,00	-894.900,00	-670.600,00	-987.500,00	-1.253.000,00
Samtgemeinden: Erstattung FTZ, GIS, FUK	-131.300,00	-181.400,00	-187.500,00	-109.000,00	-147.000,00
interne Leistungsverrechnungen	-185.700,00	-345.800,00	-220.400,00	-168.300,00	-154.500,00
Kostenerstattungen verb. Unternehmen LSE/Breitband GmbH/ Musikschule	0,00	-596.500,00	-164.800,00	-218.600,00	-311.000,00
Schlussrechnungen Abfallbeseitigung	-161.800,00	-74.300,00	-32.800,00	-42.400,00	-145.300,00
Kostenerstattung versch. Jugendämter	-100.500,00	-148.900,00	-277.500,00	-432.400,00	-288.700,00
Endabrechnung Gebäudemanagement	-643.900,00	-591.700,00	-369.500,00	-878.880,43	-996.196,49
Zwischensumme	-6.985.700,00	-7.850.800,00	-8.453.300,00	-8.435.949,24	-5.985.896,49
bereinigte offene Posten	1.240.995,42	1.203.448,70	1.187.645,12	1.191.047,17	1.445.436,76
Differenz zum Vorjahr	-335.684,25	-37.546,72	-15.803,58	-12.401,53	257.791,64

11. Erläuterung der offenen Verbindlichkeiten

Die offenen Verbindlichkeiten zum Jahresende verteilen sich schwerpunktmäßig wie folgt:

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen **12.589.222,95 EUR**

Bei diesem Betrag handelt es sich um diverse kleinere und größere Verbindlichkeiten, die im Jahr 2021 aufgelaufen sind, aufgrund der periodengerechten Zuordnung aber noch in das Jahr 2020 gebucht wurden. Die nennenswertesten Posten sind:

- 10.519.800,00 EUR Fördergeld Breitbandausbau
- 402.800,00 EUR Pensionsrückstellung Zweckverband Gesundheitsamt
- 154.500,00 EUR interne Leistungsverrechnungen
- 155.000,00 EUR Teilauszahlungen 6. bis 8. Investitionsanforderung Gebäudemanagement 2020
(diese Positionen wurden auf Anlagen im Bau und daher nicht als Verbindlichkeiten aus Zuschüssen für Investitionen gebucht)
- 200.200,00 EUR Lohnsteuer Finanzamt Lüchow
- 177.300,00 EUR diverse Müllgebührenrückerstattungen
- 105.600,00 EUR Gesellschaft für Abfall Lüneburg
- 353.200,00 EUR Abschlagszahlung Grüngut
- 67.800,00 EUR Feuerwehrunfallkasse

Verbindlichkeiten aus Zuschüssen für laufende Zwecke

1.916.516,48 EUR

Bei diesem Betrag handelt es sich grundsätzlich ebenfalls um diverse kleinere und größere Verbindlichkeiten, die im Jahr 2021 aufgelaufen sind, aufgrund der periodengerechten Zuordnung aber noch in das Jahr 2020 gebucht wurden. Allerdings wurde in 2020 erstmalig mit dem Gebäudemanagement vereinbart, die monatlichen Abschlagszahlungen erst auf Anforderung von dort zu überweisen. Daher standen zum Jahresende noch 2 Monatsraten aus.

Die nennenswertesten Posten sind:

- 1.008.100,00 EUR monatliche Abschlagszahlungen 11 +12/2020 Gebäudemanagement
- 395.800,00 EUR Endabrechnung Gebäudemanagement
- 220.300,00 EUR Abschlag 01/2021 Lüchow-Schmarsauer Eisenbahn
- 168.500,00 EUR Weiterleitung Feuerschutzsteuer an die Samtgemeinden
- 47.300,00 EUR div. Buchungen Management FFH Gebiete
- 40.700,00 EUR Finanzhilfe vorschulische Sprachförderung div. Kindergärten
- 10.000,00 EUR Sonderzuschuss Corona Musikschule
- 9.100,00 EUR Abrechnung Grenzgeschichten Metropolregion

Verbindlichkeiten aus Zuschüssen für Investitionen

0,00 EUR

Verbindlichkeiten aus sozialen Leistungen

168.402,33

Mit Buchungsdatum 31.12.2020 wurde ein Buchungslauf im Bereich wirtschaftliche Jugendhilfe durchgeführt, der am 02.01.2021 fällig wurde.

Hinzu kamen betragsmäßig eher unbedeutende Auszahlungen, die nicht mehr im Jahr 2020 kassenwirksam wurden.

Die Verbindlichkeiten aus Geldschulden sind in den vorgenannten Summen nicht enthalten. Erläuterungen hierzu sind in diesem Rechenschaftsbericht an anderer Stelle hinreichend vorhanden.

12. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Bedingt durch die Einführung der Budgetierung entstehen über- bzw. außerplanmäßige Ausgaben im Ergebnishaushalt nur dann, wenn das Fachbereichsbudget überschritten wird. Der Kreistag hat sich hierbei die grundsätzliche Entscheidung vorbehalten. Dieser Beschluss hat sich in der Praxis nur als bedingt umsetzbar erwiesen. Tatsächlich ist es im Zuge der Jahresabschlussbuchungen zu drei negativen Budgetabweichungen gekommen, wovon bei allen drei Budgets eine Verschlechterung um mehr als 150.000,00 EUR eingetreten ist.

Die Gründe ergeben sich aus den Erläuterungen zu den Budgetabweichungen in Ziffer 13.

Die negativen Budgetabweichungen belaufen sich im Ergebnishaushalt auf 6.007.177,48 EUR. Insgesamt schließt der Ergebnishaushalt im ordentlichen Ergebnis gegenüber den Planansätzen dennoch um 4.807.478,26 EUR verbessert ab.

Im außerordentlichen Bereich ist eine Ergebnisverbesserung von 378.880,13 EUR gegenüber den Planansätzen eingetreten. Dementsprechend fällt das Gesamtergebnis um 5.186.358,39 EUR besser aus

als im Haushalt 2020 geplant. Erläuterungen zu den Ursachen für die Abweichungen enthält dieser Bericht unter Ziffer 13.

Bei den negativen Budgetabweichungen handelt es sich um Mehraufwand bzw. Minderertrag, der nach Inanspruchnahme der im Haushaltsplan ausgewiesenen unechten und gegenseitigen Deckungsfähigkeit verbleibt. Die Haushaltsüberschreitungen waren jeweils unabweisbar.

Im Investivhaushalt, der nicht budgetiert ist, waren insgesamt haushaltsüberschreitende Maßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 209.224,10 EUR zu verzeichnen. Die Haushaltsüberschreitungen 2020 werden dem Kreistag mit der Vorlage des Jahresabschlusses 2020 bekannt gegeben mit der Bitte, sie nachträglich zu genehmigen, soweit dies nicht bereits per Einzelentscheidung geschehen ist. Insofern wird auf die in Anlage beigefügte Aufstellung verwiesen.

13. Budgetentwicklung und Erläuterung erheblicher Abweichungen von den Haushaltsansätzen (ab 50.000,00 EUR)

Die nachstehenden Darstellungen erläutern budgetweise Veränderungen, die innerhalb des Haushaltsjahres in diesen Bereichen zu verzeichnen waren. Nachfolgend werden die notwendigen Begründungen für die nachträgliche Genehmigung durch den Kreistag vorgelegt. Es handelt sich dabei um die Abweichungen in den Budgets 01, 02 und 05.

Nachrichtlich werden auch gravierende positive Abweichungen in den Budgets 00, 03, 04, 07 und 08 erläutert.

Ergebnishaushalt

Budget - Nr.	Bezeichnung	Ansatz 2020	Ergebnis 31.12.2020	Abweichung 2020	Abweichung 2019
00	Verwaltungsleitung u. Stab	-1.233.300,00	-1.132.919,31	100.380,69	-223.032,34
01	Zentrale Aufgaben	-8.227.700,00	-9.291.514,98	-1.063.814,98	-412.910,08
02	Ordnung, Verbraucherschutz u. Veterinär	-140.400,00	-4.845.648,14	-4.705.248,14	-1.961.795,63
03	Schulen, Bildung u. Kultur	-10.840.100,00	-10.075.792,64	764.307,36	486.648,34
04	Soziales	-9.959.900,00	-7.562.217,49	2.397.682,51	-1.784.881,55
05	Jugend u. Familie	-20.526.600,00	-20.764.714,36	-238.114,36	612.407,13
06	Planung u. Kreisentwicklung	-4.828.100,00	-4.790.769,08	37.330,92	-41.938,23
07	Bauen und Umwelt	-5.571.000,00	-5.357.404,47	213.595,53	-138.640,56
08	Allgemeine Finanzwirtschaft	61.327.100,00	69.007.338,86	7.680.238,86	5.632.088,54
	Struktureller Überschuss	0,00	5.186.358,39	5.186.358,39	2.167.945,62

Budget 00 – Verwaltungsleitung und Stab

Im Produkt 11109 – Allgemeine Rechtsangelegenheiten ist ein um rd. 60.000 EUR verringertes Defizit angefallen, welches auf erhöhte Zuweisungen, erhöhte Kostenerstattungen in einem Rechtsstreit und geringere Personalkosten als geplant zurückzuführen ist. Hinzu kommen Einsparungen im Produkt 1114 – Personalvertretung im Bereich der Personalkosten, welche im Wesentlichen durch eine nicht vollständig erfolgte Freistellung zurückzuführen ist.,

Budget 01 – Zentrale Aufgaben

Die Budgetverschlechterung resultiert zum einen daraus, dass das Produkt 11118 – Beteiligungsmanagement um 448.000 EUR schlechter ausfällt als geplant. Ursächlich hierfür ist, dass im Produkt 41402 – Gesundheitsförderung, -hilfen u.-schutz eine Verbindlichkeit in Höhe von 403.000 EUR für Pensions- und Beihilferückstellungen des Beamten beim Zweckverband Gesundheitsamt gebucht wurde, die nicht im Haushalt geplant war. Zum anderen mussten für die Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellungen knapp 1,5 Mio. EUR mehr eingebucht werden, als im Haushalt veranschlagt wurde. Demgegenüber standen Einsparungen von 818.000 EUR im Produkt Gebäudemanagement.

Budget 02 – Ordnung, Verbraucherschutz u. Veterinär

Das gegenüber dem Haushaltsplan deutlich verschlechterte Ergebnis hat drei Ursachen: die Bereinigung der Forderungen gegen den Großschlachtbetrieb macht rd. 3,3 Mio. EUR aus, im Produkt Rettungsdienst ist der Überschuss um 840.000 EUR geringer ausgefallen als geplant, was auf einen verspäteten Neuabschluss der auskömmlichen Entgeltvereinbarung mit den Krankenkassen zurückzuführen ist. Zudem wurde der geplante Überschuss im Produkt Sicherheit im öffentlichen Straßenverkehr um fast 500.000 EUR

unterschritten, weil die Mobilität aufgrund der Corona-Pandemie deutlich eingeschränkt war, was entsprechende Auswirkungen auf die Einnahmen aus den Geschwindigkeitsmessenanlagen hatte.

Budget 03 – Schule, Bildung und Kultur

Im Produkt Schülerbeförderung konnten rund 108.000 EUR gegenüber dem Haushaltsplan eingespart werden. Darüber hinaus sind nach der Jahresabrechnung des Gebäudemanagements die Zuweisungen für die Gebäudeunterhaltung um rd. 506.000 EUR und die Zuweisungen an andere Schulträger für Gastschulgelder mit 67.000 EUR geringer ausgefallen als geplant.

Budget 04 - Soziales

Die positive Planabweichung dieses Budgets um fast 2,4 Mio. EUR ist insbesondere durch erhöhte Zuwendungen in den Produkten 31200 – Grundsicherung nach dem SGB II (+1,7 Mio. EUR) und im Produkt 31400 – Eingliederungshilfe nach dem SGB IX (+1,27 Mio. EUR) zu erklären. Demgegenüber steht allerdings ein erhöhtes Defizit im Produkt Hilfe zur Pflege von 1,05 Mio. EUR. Diese deutlichen Abweichungen ergeben sich aus den Planungsunsicherheiten durch das Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes.

Budget 05 – Jugend und Familie

Im Produkt Erziehungs- und Eingliederungshilfen ist die negative Planabweichung von 575.000 EUR auf eine gebildete Rückstellung von 525.000 EUR als Kostenerstattung für einen Fall zurückzuführen. Im Produkt Kindertagesbetreuung ist eine Budgetverbesserung aufgrund erhöhter Landeszuwendungen für die Kindertagespflege und geringere Betreuungsleistungen in Höhe von fast 338.000 EUR angefallen.

Budget 07 – Bauen und Umwelt

Das Produkt 52101 - Bauordnung schließt aufgrund erhöhter Bautätigkeit um rd. 100 TEUR besser ab als geplant. Weitere Ergebnisverbesserungen haben sich in den Produkten Wasserwirtschaft (45.000 EUR) und Kreisstraßen (60.000 EUR) ergeben.

Budget 08 – Allgemeine Finanzwirtschaft

Im Produkt 61101 – Steuern, allgemeine Zuweisungen erhöhte sich der Überschuss um 10,153 Mio. EUR. Neben der in Höhe von 8,0 Mio. EUR gewährten Bedarfszuweisung ergaben sich höhere Erträge bei der Kreisumlage und den Schlüsselzuweisungen. Demgegenüber steht ein um 2,47 Mio. EUR verschlechtertes Produktergebnis im Produkt 61201 – sonstige allgemeine Finanzwirtschaft. Hier war der sogenannte Konsolidierungsbeitrag mit 2,7 Mio. EUR geplant gewesen.

Investitionshaushalt

Für den Investitionshaushalt gilt grundsätzlich, dass für diverse Maßnahmen in den Vorjahren Haushaltsreste gebildet wurden, weil die Investitionen nicht abgeschlossen werden konnten. Dementsprechend sind die Auszahlungen auch erst im Folgejahr vorgenommen worden, was dazu führt, dass es z.T. erhebliche Abweichungen zwischen Haushaltsansatz- und Ist gibt.

Fachbereich Zentrale Aufgaben

Produkt	Bezeichnung	Ansatz	Ist	Abweichung
11103	Zentrale Dienste			
	E	0,00	20,00	-20,00
	A	0,00	62.655,30	-62.655,30
	Saldo	0,00	62.635,30	-62.635,30

Die Auszahlungen bezogen sich auf die Notstromanlage und die Beschaffung von Mobiliar, für die entsprechende Haushaltsreste zur Verfügung standen.

Produkt	Bezeichnung	Ansatz	Ist	Abweichung
11108	Information u. Kommunikation			
	E	0,00	0,00	0,00
	A	129.700,00	206.212,84	-76.512,84
	Saldo	129.700,00	206.212,84	-76.512,84

Für die Anschaffungen von EDV-Hard- und Software, die von 2019 auf 2020 verschoben werden mussten, wurden entsprechende Haushaltsreste gebildet.

Produkt	Bezeichnung	Ansatz	Ist	Abweichung
11107	Finanzsteuerung u. -service			
	E	286.600,00	440.032,78	-153.432,78
	A	0,00	56.497,29	-56.497,29
	Saldo	-286.600,00	-383.535,49	96.935,49

Für die energetische Sanierung und Erneuerung der Heizungsanlage des Gebäudes Johannisstr. 15 in Lüchow wurden Fördermittel in Höhe von 153.400 Euro eingezahlt. Die geplante BLG-Zuweisung von 286.600 EUR ist planmäßig erfolgt.

Fachbereich Ordnung, Verbraucherschutz, Veterinär

Produkt	Bezeichnung	Ansatz	Ist	Abweichung
12601	Brandschutz			
	E	2.068.000,00	1.362.420,81	705.579,19
	A	2.908.000,00	398.626,30	2.509.373,70
	Saldo	840.000,00	-963.794,51	1.803.794,51

Bei den Einzahlungen waren Feuerschutzsteuermittel und Fördermittel für die Sanierung der FTZ geplant. Von den Fördermitteln Sanierung der FTZ sind allerdings lediglich 50 % (=1,0 Mio. EUR) eingezahlt worden. Ausgezahlt wurde für die Sanierungsmaßnahme allerdings deutlich weniger als veranschlagt. Über die Differenz wurden Haushaltsreste gebildet.

Fachbereich Schulen, Bildung und Kultur

Produkt	Bezeichnung	Ansatz	Ist	Abweichung
21601	komb. Haupt- u. Realschulen			
	E	232.600,00	0,00	232.600,00
	A	378.400,00	1.032.020,36	-653.620,36
	Saldo	145.800,00	1.032.020,36	-886.220,36

Für die Sanierung des Schulzentrums NBS Dannenberg wurden die über dem Plan liegenden Sanierungskosten aus zur Verfügung stehenden Haushaltsresten gedeckt. Geplante Fördermittel sind noch nicht eingezahlt worden.

Produkt	Bezeichnung	Ansatz	Ist	Abweichung
21801	Gesamtschulen			
	E	94.700,00	1.085.778,00	-991.078,00
	A	118.000,00	710.222,86	-592.222,86
	Saldo	23.300,00	-375.555,14	398.855,14

Die Ein- und Auszahlungen sind für den Neubau der Sporthalle Clenze angefallen. Hierfür war ein Haushaltsrest gebildet worden. Bei den Einzahlungen (Mittel aus dem KIP II-Förderprogramm) wurde in 2019 ein Teilabruf der Fördermittel gebucht. Der finale Abruf erfolgte nach endgültiger Fertigstellung der Baumaßnahme in 2020.

Produkt	Bezeichnung	Ansatz	Ist	Abweichung
23101	Berufliche Schulen			
	E	77.700,00	580,00	77.120,00
	A	114.300,00	169.238,64	-54.938,64
	Saldo	36.600,00	168.658,64	-132.058,64

Der Haushaltsansatz wurde für Anschaffungen der BBS gebildet. Aus Haushaltsresten wurde u.a. die Beschaffung einer CNC-Fräsmaschine mit 100.000 EUR gezahlt.

Produkt	Bezeichnung	Ansatz	Ist	Abweichung
28101	Kultur u. Museum			
	E	27.800,00	76.253,19	-48.453,19
	A	55.000,00	10.636,58	44.363,42
	Saldo	27.200,00	-65.616,61	92.816,61

Für die Neugestaltung der Durchfahrtscheune und Ausstellung auf dem Wendlandhof Lübeln wurden Haushaltsreste gebildet.

Fachbereich Planung u. Kreisentwicklung

Produkt	Bezeichnung	Ansatz	Ist	Abweichung
57501	Tourismus			
	E	1.564.200,00	398.905,69	1.165.294,31
	A	1.736.000,00	7.396,83	1.728.603,17
	Saldo	171.800,00	-391.508,86	563.308,86

Es handelt sich um die Maßnahme „Ausbau Elberadweg“, die sich über mehrere Haushaltsjahre zieht und für die entsprechende Haushaltsreste gebildet wurden.

Fachbereich Bauen und Umwelt

Produkt	Bezeichnung	Ansatz	Ist	Abweichung
11121	Steuerung des Dezernates III			
	E	1.140.000,00	0,00	1.140.000,00
	A	7.100.000,00	0,00	7.100.000,00
	Saldo	5.960.000,00	0,00	5.960.000,00

Die Auszahlungen sind für den Breitbandausbau geplant. Aufgrund von Verzögerungen im Projektablauf konnten nicht alle Auszahlungen planmäßig umgesetzt werden.

Produkt	Bezeichnung	Ansatz	Ist	Abweichung
54201	Kreisstraßen			
	E	1.190.700,00	137.270,00	1.053.430,00
	A	2.216.000,00	807.617,87	1.408.382,13
	Saldo	1.025.300,00	670.347,87	354.952,13

Geplant waren der Ausbau der K8, der K 18 und der K 23 sowie Anschaffungen von Fahrzeugen und Mäh- und Kleingeräten.

Hier konnten noch nicht alle Maßnahmen planmäßig durchgeführt werden.

Produkt	Bezeichnung	Ansatz	Ist	Abweichung
53701	Abfallwirtschaft			
	E	0,00	0,00	0,00
	A	285.000,00	417.635,33	-132.635,33
	Saldo	285.000,00	417.635,33	-132.635,33

Hier waren die Beschaffung eines Abfallsammelfahrzeuges, der Neubau der Umschlaghalle und die Anschaffung von Kleingeräten geplant. Für die Beschaffung eines weiteren Müllfahrzeuges wurden entsprechende Haushaltsreste gebildet.

Allgemeine Finanzwirtschaft

Produkt	Bezeichnung	Ansatz	Ist	Abweichung
61101	Steuern, allgemeine Zuweisungen			
	E	0,00	0,00	0,00
	A	550.000,00	695.312,00	-145.312,00
	Saldo	550.000,00	695.312,00	-145.312,00

Die an das Land zu zahlende Krankenhausumlage erhöhte sich. Diese Erhöhung war bei der Haushaltsplanung nicht abzusehen. Die Deckung erfolgte aus dem Gesamthaushalt.

14. Abschluss größerer Aufwendungspositionen

Im Zuge der Einführung der Budgetierung war systemimmanente Folge, dass Sammelnachweise, wie sie bisher geführt wurden, aufgelöst werden mussten. Damit wurde die Verantwortung auf die Budgetverantwortlichen delegiert. Mit Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens wurden die Sammelnachweise auch rechtlich nicht mehr haltbar.

Dennoch sollen diese Blöcke im Weiteren näher beleuchtet werden, insbesondere, weil sie für die weitere Haushaltsentwicklung interessant sind.

Es handelt sich dabei um folgende Blöcke:

- a) Personalaufwendungen
- b) Zuweisungen an Gebäudewirtschaft
- c) Geschäftsaufwendungen

Deren Abschlussergebnisse lauten wie folgt:

	Haushaltssoll 2020	Ergebnis 2020	Abweichung HHS - Ergebnis 2020	Ergebnis 2019	Abweichung 2020 - 2019
Personalaufwendungen Kernhaushalt	23.636.700,00	24.818.231,79	1.181.531,79	21.943.260,88	2.874.970,91
Zuweisungen an Gebäudewirtschaft	6.048.600,00	5.448.322,66	-600.277,34	5.210.619,36	237.703,30
Geschäftsaufwendungen	663.900,00	549.949,19	-113.950,81	881.697,95	-331.748,76

Die Abweichungen erklären sich wie folgt:

a) Personalaufwendungen:

Die Personal-IST-Aufwendungen liegen insgesamt um rund 1,18 Mio. EUR über den Ansatzzahlen. Bei den Dienstaufwendungen sowie den Versorgungskassen- und Sozialversicherungsbeiträgen wurde der Haushaltsplanansatz um ca. 567.000 EUR unterschritten, was im Wesentlichen auf nicht besetzte Stellen, langwierige Krankheitsausfälle und teilweise zu hoch geplante Ansätze zurückzuführen ist.

Allerdings kam es bei den Zuführungen der Pensions- und Beihilferückstellungen erneut zu um rd. 1.74 Mio. EUR über dem Plan liegende Aufwendungen. Diese Zuführungen unterliegen regelmäßig erheblichen Schwankungen und unterjährigen Veränderungen, die in den vergangenen Jahren häufig zu deutlichen Planabweichungen geführt haben.

b) Gebäudewirtschaft:

Die Aufwendungen des Landkreises im Produkt Gebäudemanagement liegen um 600.000 EUR unter dem Haushaltsansatz.

Dies liegt insbesondere darin begründet, dass die internen Leistungen (insbesondere Personalkosten der Beschäftigten) in Höhe von fast 50.000,00 EUR unterschritten wurden.

Hinzu kommt, dass sich insbesondere Einsparungen bei der Wartung von Maschinen und technischen Anlagen (93.000 EUR) und bei der Fremdreinigung (75.000 EUR) sowie bei Strom und Wärmeaufwendungen (378.000 EUR) ergeben haben.

c) Geschäftsaufwendungen:

Gegenüber dem Planansatz sind die tatsächlichen Geschäftsaufwendungen um rund 114.000 EUR niedriger ausgefallen. Damit sind sie um 331.800 EUR niedriger als im Jahre 2019. Die deutliche Senkung gegenüber 2019 ist zum großen Teil darauf zurückzuführen, dass in 2019 um 237.000 EUR höhere Kosten für die Gebührenprozesse mit dem Großschlachtbetrieb angefallen sind.

Die Geschäftsaufwendungen werden seit 2011 - mit Ausnahme von Veröffentlichungs- und Portokosten -, die direkt zugeordnet werden können, sowie den Aufwendungen an die Bundesdruckerei zentral beim Fachdienst 10 geplant und gebucht und lediglich in der Kosten- und Leistungsrechnung umverteilt.

15. Besondere Erläuterungen

a) Entwicklung des Zuschussbedarfs des Budgets 04 und 05– Soziales und Jugend und Familie

HH-Jahr	Unterdeckung in EUR	Steigerung in %	Einwohner	Belastung je Einwohner
1992	10.167.182,93	0,25	49.934	203,61
1993	10.159.114,64	-0,08	50.451	201,37
1994	12.494.336,80	22,99	50.944	245,26
1995	12.783.812,16	2,32	51.403	248,70
1996	11.976.967,32	-6,31	51.769	231,35
1997	12.222.800,50	2,05	51.944	235,31
1998	13.025.438,86	6,57	52.110	249,96
1999	14.864.072,50	14,12	52.025	285,71
2000	15.715.741,50	5,73	51.936	302,60
2001	15.029.833,01	-4,36	51.982	289,14
2002	15.499.140,89	3,12	51.796	299,23
2003	16.714.881,82	7,84	51.676	323,46
2004	16.633.024,40	-0,49	51.549	322,66
2005	19.294.395,54	16,00	51.506	374,60
2006	19.061.598,05	-1,21	51.206	372,25
2007	19.253.522,99	1,01	50.690	379,83
2008	20.021.127,02	3,99	50.255	398,39
2009	22.185.897,30	10,81	49.918	444,45
2010	21.996.060,74	-0,86	49.401	445,26
2011	23.762.337,51	8,03	49.168	483,29
2012	20.897.009,89	-12,06	49.009	426,39
2013	22.013.075,56	5,34	48.911	450,06
2014	23.778.309,93	8,02	48.720	488,06
2015	25.742.891,53	8,26	48.702	528,58
2016	24.355.490,57	-5,39	50.128	485,87
2017	24.110.077,70	-1,01	48.460	497,53
2018	25.910.117,15	7,47	48.424	535,07
2019	28.005.874,42	8,09	48.464	577,87
2020	28.326.931,85	1,15	48.455	584,60

Der Bereich der sozialen Sicherung stellt "traditionell" den Teil des Landkreishaushaltes dar, der die höchsten Belastungen aufwirft.

Wie aus der vorstehenden Aufstellung ersichtlich ist, musste schon 1992 vom Resthaushalt eine Unterdeckung von rd. 10,0 Mio. EUR aufgefangen werden.

Seitdem ist die Belastung des Kreishaushaltes allein in diesem Bereich um fast 179 % angestiegen. Mussten 1992 noch rd. 200,00 EUR je Einwohner aufgewendet werden, waren es 2020 bereits mehr als 584,00 EUR.

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig.

So ist beispielsweise die ab 1996 eingetretene Reduzierung der Unterdeckung des Budgets 04 auf die Einführung der 2. Stufe der Pflegeversicherung ab 01.07.1996 zurückzuführen. Eine echte Entlastung ergab sich seinerzeit hieraus für den Kreishaushalt allerdings nicht, da sich zeitgleich mit der Pflegeversicherung die Landeszuweisungen für die Altenpflege verringerten.

Von 1996 noch rd. 1,6 Mio. EUR reduzierten sich diese Zuweisungen auf rd. 400.000,00 EUR.

Mit Wirkung für das Haushaltsjahr 2001 wurde dann diese pauschale Zuweisung mit den Einnahmen aus dem sogenannten "Quotalen System" abgegolten. Hinzu kam ab 2001 eine gesonderte Zuweisung aus Finanzausgleichsmitteln für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die allerdings unterm Strich nur die Verbesserung des Einzelplandefizites bewirkte. Zeitgleich sanken die an zentraler Stelle sonst gebuchten Finanzausgleichseinnahmen entsprechend.

Parallel stiegen etwa ab 1998 jährlich die Unterdeckungen. Dies war insbesondere auf die stark erhöhten Ausgaben zurückzuführen, welche wiederum nahezu ausschließlich auf gestiegenen Fallzahlen basierten.

Ab 2005 kam die Einführung des Arbeitslosengeldes II (Hartz IV) hinzu. Diese Neueinführung hat den Landkreis trotz des weitgehenden Wegfalls der Hilfe zum Lebensunterhalt pro Jahr mit rd. 2,0 Mio. EUR zusätzlich belastet.

In den Folgejahren konnte erfreulicherweise jedoch im gesamten Bereich der sozialen Sicherung eine Stagnation der Belastungen erreicht werden. Seit spätestens 2008 konnte diese allerdings nicht mehr aufrechterhalten werden.

Die Entwicklung im Bereich der sozialen Sicherung, die auch 2010 nur marginal verbessert werden konnte, wurde zwischenzeitlich, insbesondere für den Bereich der Jugendhilfe, ausgesprochen kritisch durch die Kommunalaufsichtsbehörde beobachtet. Auf der Basis verschiedener Gutachten hat der Landkreis im Haushaltssicherungskonzept 2011 festgelegt, durch verstärkten Personaleinsatz zu versuchen, insbesondere im Bereich der Erziehungs- und Eingliederungshilfen die Sachaufwendungen mindestens im gleichen Umfang sinken zu lassen, unterm Strich also eine Stagnation des Defizits herzustellen. Im Fachdienst 51 konnte dieses Ziel nahezu erreicht werden.

Allerdings ist das Defizit im Fachdienst 57 im Jahre 2011 aufgrund eines Anstieges der Aufwendungen im Produkt Eingliederungshilfe für behinderte Menschen um fast 1,2 Mio. EUR angewachsen. Die Gründe hierfür liegen in gestiegenen Fallzahlen und der Eröffnung von 3 neuen Einrichtungen.

Erfreulich verlief dagegen die Entwicklung im Jahre 2012, in dem das Defizit gegenüber 2011 um rd. 2,6 Mio. EUR reduziert werden konnte, was fast ausschließlich auf die Erhöhung der Erträge im Quotalen System (+ 2,5 Mio. EUR) sowie die Übernahme der Kosten bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund (verringertes Defizit in Höhe von rd. 440.000,00 EUR gegenüber 2011) zurückzuführen ist.

Dieser positive Trend konnte in 2013 leider nicht fortgeführt werden, da die Abrechnung für dieses Jahr eine erhebliche Rückzahlung der Erträge aus dem Quotalen System (1,1 Mio. EUR) ergab, die dazu geführt hat, dass das Budget Soziales im Ergebnis deutlich von den Haushaltsplanansätzen abwich.

Der erneut deutliche Anstieg des Zuschussbedarfes von 2013 nach 2014 ist ausschließlich auf das Budget Jugend und Familie zurückzuführen. Das Defizit im Budget Soziales konnte aufgrund der vollständigen Übernahme der Grundsicherungskosten durch den Bund um rund 350.000,00 EUR reduziert werden.

Von 2014 nach 2015 stieg der Zuschussbedarf erneut um 1,95 Mio. EUR an. Die Ursachen hierfür lagen im Wesentlichen in drei Produkten begründet und zwar im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (+ 916.000,00 EUR), bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge (+ 500.000,00 EUR) und bei den Erziehungs- und Eingliederungshilfen (+885.000,00 EUR). Bei der Flüchtlingsbetreuung wird sich die Unterdeckung mittelfristig aufheben. Der Anstieg der Jugendhilfekosten ist kein spezifisches Problem des Landkreises Lüchow-Dannenberg, allerdings ist der Fallanstieg im Hinblick auf sinkende Einwohnerzahlen weiterhin sehr kritisch zu beobachten.

Nach einem stetigen Kostenanstieg seit 2012 konnte der Zuschussbedarf der Bereiche Jugend und Soziales im Jahr 2016 um 1,387 Mio. reduziert werden. Dies ist insbesondere auf eine Verringerung des Defizites im Bereich der Flüchtlinge um 1,3 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr und eine Erhöhung der Einnahmen aus dem Quotalen System (1,2 Mio. EUR) zurückzuführen. Die Verbesserungen werden vor allem durch Mehraufwendungen im Bereich der Jugendhilfe (Kindertagesstätten +800.000,00 EUR, Erziehungs- und Eingliederungshilfe +100.000,00 EUR gegenüber dem Vorjahr) vermindert.

Die absolute Unterdeckung der beiden Budgets sank in 2017 gegenüber dem Vorjahr um 245.000,00 EUR, was auf die Verbesserung des Ergebnisses des Budgets 04 durch erhöhte Zuweisungen für die Flüchtlinge zurückzuführen ist. Mit der sich hier ergebenden Entlastung um 2,66 Mio. EUR konnte die Steigerung im Budget 05 (um 2,414 Mio. EUR) kompensiert werden. Die einwohnerbezogene Belastung stieg hingegen wegen der gesunkenen Einwohnerwerte um fast 12,00 EUR /Kopf an.

Der deutliche Defizitanstieg von 1,8 Mio. EUR in 2018 liegt ausschließlich im Budget Soziales begründet. So steigt z.B. der Zuschussbedarf im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen um 1,1 Mio. EUR. Gleichzeitig sinkt der Überschuss im Produkt Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz um 1,9 Mio. EUR. Demgegenüber stehen Mehrerträge im Bereich des Quotalen Systems von 0,9 Mio. EUR sowie ein verringertes Defizit bei den Leistungen nach dem SGB II.

In 2019 ist das Defizit mit erneut 2,1 Mio. EUR angestiegen. Der Großteil davon ist auf den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung (+ 1,3 Mio. EUR) zurückzuführen. Eine weitere Defizitsteigerung resultiert daraus, dass die Überschüsse im Produkt „Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“ um 600.000 EUR gesunken sind.

Für 2020 ergibt sich eine weitere Steigerung des Defizites um 1,15 %. Dabei sinkt das Defizit im Budget Soziales um 2,0 Mio. EUR, während es im Budget Jugend und Familie um weitere 2,3 Mio. EUR ansteigt. Ursächlich hierfür sind zum einen erhöhte Kosten im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder (+1,58 Mio. EUR) und im Produkt Erziehungs- und Eingliederungshilfen (+900.000 EUR).

b) Niederschlagungen 2020

Gemäß § 34 KomHKVO dürfen Ansprüche niedergeschlagen werden, wenn feststeht, dass die Einziehung keinen Erfolg haben wird oder die Kosten der Einziehung zu der Höhe der Ansprüche in keinem angemessenen Verhältnis stehen.

Niedergeschlagene Forderungen per 01.01.2020	325.556,52 EUR
+ Zugänge 2020	779.323,50 EUR
- bezahlte Forderungen	0,00 EUR
- verjährte Forderungen	32.581,94 EUR
= Stand der Niederschlagungen am 31.12.2020	1.072.298,08 EUR

Der deutliche Anstieg ist auf die Niederschlagung der Forderungen gegen den Großschlachtbetrieb in Höhe von 768.965,66 EUR zurück zu führen.

Der Landkreis verzichtet dabei auf pauschale Wertberichtigungen und macht von Einzelwertberichtigungen Gebrauch.

c) Entwicklung der Haushaltsreste

Gemäß § 55 Abs. 4 KomHKVO ist unter der Bilanz festzustellen, welche übertragbaren Ausgabemittel noch zur Verfügung stehen. Dies geschieht zur Vermeidung von mehrfacher Leistung der gleichen Information an dieser Stelle. Dargestellt werden ausschließlich die noch nicht aufwandswirksam gewordenen Haushaltsreste. Gebildete Rückstellungen sind nicht enthalten.

HAR Ergebnishaushalt aus Vorjahren Anfangsbestand:	0,00
HAR Ergebnishaushalt aus Vorjahren - in Anspruch genommen oder in Abgang:	0,00
Liquiditätsentlastung aus Ergebnishaushalten Vorjahre:	0,00
HAR Ergebnishaushalt 2020:	0,00
HAR aus Ergebnishaushalt gesamt:	0,00
HAR Investitionen aus Vorjahren - Anfangsbestand:	28.073.684,28
HAR Investitionen aus Vorjahren - in Anspruch genommen oder in Abgang:	6.888.719,74
Liquiditätsentlastung aus Investitionshaushalten Vorjahre:	21.184.964,54
HAR Investitionen 2020:	15.175.040,37
Liquiditätsentlastung aus Investitionshaushalt gesamt:	36.360.004,91
Liquiditätsentlastung insgesamt:	36.360.004,91

Im Rahmen der Übertragung der Haushaltsreste 2019/2020 in das Haushaltsjahr 2021 wurden alle angemeldeten Reste hinsichtlich ihrer tatsächlichen Erforderlichkeit überprüft. In diesem Zusammenhang wurden Ermächtigungen in Höhe von 3.959.033,00 EUR für die Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt und in Abgang gestellt.

d) Rettungsdienst

Seit 1994 wird der Rettungsdienst über den Kreishaushalt abgewickelt. Er schließt wie folgt ab:

Jahr	Erträge	Aufwendungen	Ergebnis
31.12.2005	doppische Rücklage		412.997,95
2006	2.832.499,21	2.791.863,06	40.636,15
2007	2.963.511,93	3.048.145,12	-84.633,19
2008	2.525.771,16	3.047.323,90	-521.552,74
2009	3.240.668,30	3.395.400,25	-154.731,95
2010	3.561.914,38	3.716.772,19	-154.857,81
2011	3.764.815,66	3.747.683,74	17.131,92
2012	4.088.272,07	3.814.686,22	273.585,85
Summe der Überschüsse (+)/Fehlbeträge (-) Rettungsdienst			-171.423,82
Korrektur	Rücklage zum 31.12.2005		35.096,51
Korrektur	Jahresergebnis 2006		15.879,38
Korrektur	Aufwendungen Schiedsstelle 1999 bis 2011		914,01
Korrektur	Aufwendungen Castortransport 2010		90.281,53
Zwischensumme 2012			-29.252,39
2013	4.198.183,87	3.900.789,63	297.394,24
Korrektur	Aufwendungen Schiedsstelle 2013		57,46
2014	4.273.940,63	4.148.428,41	125.512,22
2015	4.523.939,16	4.483.147,73	40.791,43
	Aufwendungen Schiedsstelle		13,08
	Aufwendungen Großschadensereignisse MAN-V		23.200,00
2016	4.794.769,01	4.842.334,39	-47.565,38
	Aufwendungen Schiedsstelle		16,21
	Aufwendungen Großschadensereignisse MAN-V		22.300,00
2017	5.008.855,79	5.315.796,43	-306.940,64
	Aufwendungen Schiedsstelle		139,20
	Aufwendungen Großschadensereignisse MAN-V		22.300,00
2018	4.314.352,75	5.905.536,97	-1.591.184,22
	Aufwendungen Schiedsstelle		0,00
	Aufwendungen Großschadensereignisse MAN-V		22.300,00
2019	4.256.654,48	6.309.286,42	-2.052.631,94
	Aufwendungen Schiedsstelle		29,08
	Aufwendungen Großschadensereignisse MAN-V		22.300,00
2020	6.560.432,47	6.378.602,89	181.829,58
	Aufwendungen Schiedsstelle		0,00
	Aufwendungen Großschadensereignisse MAN-V		22.300,00
Summe der Überschüsse (+) / Fehlbeträge (-) Rettungsdienst			-3.247.092,07

Zur Erläuterung der einzelnen Jahresabschlüsse und der Korrekturen von 1994 bis 2017 wird auf Punkt 15 d) der Rechenschaftsberichte zu den Jahresabschlüssen 2011 bis 2017 verwiesen.

In 2018 betrug der Fehlbetrag des Produktes Rettungsdienst 1.591.184,22 EUR. Nach der Entnahme des Restbetrages von 147.965,43 EUR aus dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich reduzierte sich der Fehlbetrag auf 1.443.218,79 EUR. Geplant war ein Fehlbetrag von 22.300,00 EUR, der vom Gesamthaushalt gedeckt werden sollte. Es handelt sich bei diesem Fehlbetrag um den Eigenanteil des Landkreises an der Finanzierung der Soforteinheit „MANV-S“ (Massenanfall von Verletzten). Aufwendungen für die Schiedsstelle gab es in 2018 nicht.

Ursächlich für das negative Ergebnis der kostenrechnenden Einheit in 2019 waren zum einen erhöhte Aufwendungen für Forderungsabschreibungen (100.000 EUR) und höhere Zahlungen an die Beauftragten für den Rettungsdienst (100.000 EUR). Zum anderen waren Mindererträge von 1,841 Mio. EUR gegenüber der Haushaltsplanung entstanden, weil - wie bereits im Jahr 2018 - die Einzelbeförderungsentgelte nicht auskömmlich kalkuliert waren und der Sonderposten für den Gebührenaussgleich bereits vollständig aufgelöst war.

Auch für das Jahr 2020 konnte der Planüberschuss von 1,02 Mio. EUR nicht realisiert werden, weil der Neuabschluss der Entgeltvereinbarung statt wie eigentlich geplant zum 01.01. erst zum 01.04.2020 in Kraft getreten ist.

Der Gesamtfehlbetrag wird nunmehr ab April 2020 bis ca. Ende 2023 durch Jahresüberschüsse aus erhöhten Beförderungsentgelten ausgeglichen werden.

e) Gebührenhaushalt Großschlachtbetriebe

Dieser Gebührenhaushalt schloss wie folgt ab:

Jahr	Erträge	Aufwendungen	Ergebnis
2006	1.826.541,23	1.827.712,57	-1.171,34
2007	1.822.555,29	1.805.600,03	16.955,26
2008	1.866.570,29	1.849.080,20	17.490,09
2009	1.569.641,12	1.683.401,55	-113.760,43
2010	1.465.585,60	1.548.193,71	-82.608,11
2011	1.276.392,23	1.335.294,41	-58.902,18
2012	1.114.977,28	1.119.144,38	-4.167,10
2013	1.266.321,10	1.268.638,37	-2.317,27
2014	1.135.507,75	1.766.997,02	-631.489,27
2015	3.912.495,93	3.090.721,50	821.774,43
2016	1.101.722,26	1.111.768,66	-10.046,40
2017	129.454,20	818.288,49	-688.834,29
2018	200.443,13	6.629,17	193.813,96
2019	187.760,24	0,00	187.760,24
2020	0,00	3.216.930,12	-3.216.930,12
Summe der Überschüsse (+) / Fehlbeträge (-)			
Großschlachtbetriebe			-3.572.432,53

Zur Erläuterung der einzelnen Jahresabschlüsse von 2006 bis 2017 wird auf Punkt 15 e) der Rechenschaftsberichte zu den entsprechenden Jahresabschlüssen verwiesen.

Am 06.10.2016 hat der Großschlachtbetrieb einen Antrag auf Planinsolvenz beim Amtsgericht Uelzen eingereicht. Ziel des Verfahrens war es, das Unternehmen zu sanieren.

Der Landkreis hat im Rahmen des Insolvenzplanverfahrens Ende 2016 einen Vergleich mit dem Großschlachtbetrieb über die Höhe der Schlachtgebühr für die Jahre 2015 und 2016 in Höhe von 1,33 EUR pro Schwein statt der bisher festgesetzten 1,51 bzw. 1,56 EUR abgeschlossen. Dies hat beim Landkreis zu

Mindererträgen von rd. 245.000,00 EUR geführt. Diese fallen bei der Ergebnisbetrachtung allerdings nicht so gravierend ins Gewicht, weil in 2016 noch eine Nacherhebung von Gebühren für 2015 stattgefunden hat. Am 01.01.2017 hat der Großschlachtbetrieb einen Antrag auf Insolvenzeröffnung gestellt. Der Schlachtbetrieb wurde am 14.02.2017 eingestellt. Von einer Fortführung des Betriebes bzw. dem Aufbau eines Nachfolgebetriebes ist nicht auszugehen.

Die hohen Erträge 2018 und 2019 resultieren aus der Herabsetzung der in 2017 gebildeten Rückstellungen für eventuell zu zahlende Personalkosten wegen anhängiger Klagen beim Arbeitsgericht. Rückstellungen sind nun nicht mehr vorhanden.

In 2020 wurden - nach einem Urteil des OVG Lüneburg - rechtswidrig erhobene Fleischbeschaugebühren in Höhe von 2.544.337,15 Euro ausgebucht. Des Weiteren wurden 672.592,97 Euro Insolvenz- und Masseforderungen aufgrund des laufenden Insolvenzverfahrens niedergeschlagen. Weitere 96.372,69 Euro Insolvenz- und Masseforderungen wurden in anderen Produkten niedergeschlagen.

f) Gebührenhaushalt ambulante Fleischbeschau

Jahr	Erträge	Aufwendungen	Ergebnis
2006	50.536,51	52.929,13	-2.392,62
2007	65.789,77	56.120,49	9.669,28
2008	60.240,15	59.238,95	1.001,20
2009	75.323,41	83.601,27	-8.277,86
2010	47.679,00	96.171,12	-48.492,12
2011	45.116,68	67.785,82	-22.669,14
2012	39.458,15	66.577,85	-27.119,70
2013	39.544,90	50.468,62	-10.923,72
2014	47.625,66	48.745,09	-1.119,43
2015	47.528,44	55.547,12	-8.018,68
2016	43.624,38	51.779,70	-8.155,32
2017	49.548,50	53.844,80	-4.296,30
2018	51.176,71	53.202,94	-2.026,23
2019	46.306,81	54.069,16	-7.762,35
2020	46.622,44	51.095,44	-4.473,00
Summe der Überschüsse (+) / Fehlbeträge (-)			
Fleischbeschau			-145.055,99

Der Gebührenhaushalt ambulante Fleischbeschau konnte auch in 2020 nicht ausgeglichen abgewickelt werden.

Grundsätzlich handelt es sich hierbei um eine kostenrechnende Einrichtung, für die das Kostendeckungsprinzip gilt. Aus diesem Grunde hat der zuständige Fachdienst auf der Basis der Schlachtzahlen 2012 das Gebührenverzeichnis für die Schlachttier- und Fleischartersuchung sowie Trichinenuntersuchung überarbeitet. Dem zuständigen Fachausschuss wurden vier Gebührenmodelle zur Empfehlung vorgelegt. In seiner Sitzung am 30.05.2013 hat der Ausschuss für Verbraucher-, Umwelt- und Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft eine Empfehlung für das Gebührenmodell mit der moderatesten Erhöhung ausgesprochen. Auch der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 03.06.2013 eine einstimmige Empfehlung für dieses Gebührenmodell abgegeben. Die Gebühren stiegen demnach je nach Schlachtart um 33 % - 43 %, da der Kreistag der Empfehlung folgte und das neue Gebührenverzeichnis beschloss.

Für einen reinen Ausgleich der Erträge und Aufwendungen ohne Berücksichtigung der Kosten- und Leistungsrechnung wären Gebührenerhöhungen von 137,5 % - 150 % nötig gewesen. Das bedeutet, dass auch in den Folgejahren nicht mit einer Kostendeckung zu rechnen ist. Der zuständige Fachdienst ist demnach weiter gehalten, ein Modell zu entwickeln, das den veränderten Rahmenbedingungen (rückläufige ambulante Schlachtungen) Rechnung trägt.

Das neue Gebührenverzeichnis wurde zum 01.07.2013 festgelegt, was zur Folge hatte, dass sich die Defizite seitdem nur noch im einstelligen Bereich bewegen. Eine Überarbeitung des Gebührenverzeichnisses ist zum 01.02.2021 in Kraft getreten.

g) Gebührenhaushalt Abfallentsorgung

Dieser Gebührenhaushalt schloss wie folgt ab:

Jahr	Erträge	Aufwendungen	Ergebnis
2004			212.379,87
2005			832.144,55
2006	5.053.497,91	4.248.095,09	805.402,82
2007	4.916.961,13	4.489.863,08	427.098,05
2008	3.785.349,05	4.449.759,47	-664.410,42
2009	3.525.255,79	4.127.131,63	-601.875,84
2010	3.973.690,96	4.489.295,63	-515.604,67
2011	4.964.091,35	4.672.264,70	291.826,65
2012	4.631.405,57	4.694.366,12	-62.960,55
2013	5.149.963,59	5.195.623,94	-45.660,35
2014	5.092.941,56	4.930.637,05	162.304,51
2015	4.976.935,24	4.904.477,48	72.457,76
2016	5.750.920,04	5.310.764,03	440.156,01
2017	5.451.748,56	5.450.802,82	945,74
2018	5.490.001,27	5.522.838,29	-32.837,02
2019	5.393.038,20	6.094.194,25	-701.156,05
2020	6.092.269,96	6.267.339,86	-175.069,90
Summe der Überschüsse (+) / Fehlbeträge (-) Abfallwirtschaft			445.141,16

Zur Erläuterung der einzelnen Jahresabschlüsse von 2004 bis 2019 wird auch hier auf Punkt 15 f) der Rechenschaftsberichte zu den entsprechenden Jahresabschlüssen verwiesen.

Auch in 2020 wurde eine Entnahme aus dem Sonderposten für den Gebührenaussgleich geplant, und zwar in Höhe von 290.000,00 EUR, die in die Gebührenkalkulation für das Jahr 2020 einfluss. In diesem Haushaltsjahr kam es zwar zu einer Entnahme, allerdings nur in Höhe von 175.069,90 EUR, weil die Erträge aus Benutzungsgebühren um 386.300,00 EUR höher ausgefallen sind als geplant.

Vom 01.01.2020 bis 31.12.2020 galt die Abfallgebührensatzung vom 16.12.2019.
Seit 01.01.2021 gilt weiterhin die Abfallgebührensatzung vom 16.12.2019.

Wert des Anlagevermögens der Abfallentsorgung
per 31.12.2020 (Restbuchwert) = 1.362.034,17 EUR

Hierbei handelt es sich um den im Kernhaushalt geführten Wert, der wegen unterschiedlicher Abschreibungszeiträume von dem der gebührenrechnenden Einrichtung abweichen kann.

16. Betrachtungen zum Abschlussergebnis

a) Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Überschuss von 5.186.358,39 EUR ab und fällt damit um 5.186.358,39 EUR besser aus als mit dem Haushalt 2020 geplant. Ursächlich hierfür ist der Erhalt einer Bedarfszuweisung in Höhe von 8,0 Mio. EUR.

Der Haushalt 2020 konnte nur mit Hilfe des Ansatzes eines pauschalen Konsolidierungsbeitrages von 2,7 Mio. EUR ausgeglichen geplant werden. Nach der Festsetzung der Finanzausgleichsleistungen im Frühjahr dieses Jahres, die erhöhte Zuweisungen von 2,15 Mio. EUR ergaben, schien die Erreichung des Haushaltsausgleiches auch für 2020 möglich. Mit der gewährten Bedarfszuweisung von 8,0 Mio. EUR konnte der Haushaltsausgleich mehr als erreicht werden. Der Überschuss hätte sogar nahezu 8,5 Mio. EUR betragen, wenn nicht die Bereinigung der Forderungen gegen den Großschlachtbetrieb (3,3 Mio. EUR) erfolgt wäre. So dass festzuhalten ist, dass der pauschal mit 2,7 Mio. EUR angesetzte

Konsolidierungsbeitrag im Rahmen der Haushaltsabwicklung auch tatsächlich „erwirtschaftet“ werden konnte.

Inwieweit für 2021 und die Folgejahre die Vorgaben aus dem Zukunftsvertrag erreicht werden können, ist zum jetzigen Zeitpunkt im Hinblick auf die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie für das laufende Jahr nicht in Gänze absehbar. Allerdings wird der Landkreis auch in 2021 wiederum eine Bedarfszuweisung in Höhe von rund 7,5 Mio. EUR erhalten, so dass damit der Haushaltsausgleich erreichbar sein wird.

b) Finanzhaushalt

Der Finanzhaushalt bildet die liquiden Geldbewegungen im Laufe des Haushaltsjahres ab. Wie aus der Finanzrechnung ersichtlich, ergibt sich dabei für 2020 eine Entlastung für den Landkreis von 13.811.704,01 EUR. Dabei wurde die geplante Entlastung von 1.289.600,00 EUR lt. Plan deutlich überschritten. Diese Abweichung ist ebenfalls zurückzuführen auf den Erhalt der Bedarfszuweisung sowie auf den Erhalt von Fördermitteln für die Breitband Gesellschaft.

Die Liquiditätskredite beliefen sich am 31.12.2020 auf 5,3 Mio. EUR. Damit trat in 2020 eine Reduzierung von 22,4 Mio. EUR ein (Stand 31.12.2019 = 27,7 Mio. EUR).

Für in Anspruch genommene Rückstellungen aus Vorjahren wurden Auszahlungen in Höhe von 986.699,57 EUR getätigt.

Der Saldo aus Investitionstätigkeit beläuft sich auf 1.166.961,78 EUR.

Die neu gebildeten Haushaltsreste für Investitionen sind gegenüber dem Vorjahr sehr stark gesunken. Sie betragen

1995 =	4.135.430,99 EUR
1996 =	4.908.708,83 EUR
1997 =	6.595.767,53 EUR
1998 =	7.625.560,50 EUR
1999 =	4.662.108,48 EUR
2000 =	2.205.555,11 EUR
2001 =	2.372.954,38 EUR
2002 =	1.355.907,56 EUR
2003 =	3.880.696,72 EUR
2004 =	1.218.926,11 EUR
2005 =	860.761,48 EUR
2006 =	445.899,86 EUR
2007 =	1.455.807,18 EUR
2008 =	2.473.446,87 EUR
2009 =	6.468.038,75 EUR
2010 =	7.776.076,02 EUR
2011 =	1.689.215,97 EUR
2012 =	843.867,43 EUR
2013 =	1.659.983,19 EUR
2014 =	1.039.964,60 EUR
2015 =	860.765,69 EUR
2016 =	14.844.884,41 EUR
2017 =	8.034.573,53 EUR
2018 =	12.174.430,74 EUR
2019 =	23.060.879,65 EUR
2020 =	15.175.040,37 EUR

Die investive Gesamtverschuldung des Landkreises konnte aufgrund von Kreditaufnahmen (insbesondere für Schul- und Straßenbaumaßnahmen sowie Breitband) nur geringfügig zurückgeführt werden. Per 31.12.2020 betrug sie 49.524.546,32 EUR und war damit um 1.913.953,39 EUR niedriger als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Damit liegt die Pro-Kopf-Verschuldung bei den investiven Krediten bei 1.021,06 EUR. Per 31.12.2019 lag die Verschuldung der Landkreise im Land Niedersachsen bei 377,81 EUR (die Daten für 2020 liegen zum Berichtszeitpunkt noch nicht vor).

Damit liegt die investive Verschuldung des Landkreises mittlerweile deutlich über dem vorgenannten Wert, was jahrelang nicht der Fall war, aber auf die diversen Investitionen der vergangenen Jahre zurückzuführen ist.

Bei der Liquiditätskreditverschuldung nimmt der Landkreis Lüchow-Dannenberg mit 5,3 Mio. EUR zum 31.12.2020 (was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 109,27 EUR entspricht) weiterhin einen „Spitzenplatz“ unter den niedersächsischen Landkreisen ein. Zum Vergleich: der Durchschnitt der Pro-Kopf-Verschuldung der Landkreiseinwohner Niedersachsens betrug in 2020 lediglich ca. 39,07 EUR. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Höhe der Liquiditätsverschuldung aufgrund des Einmaleffekts der gewährten Fördermittel für die Breitband GmbH um 10,5 Mio. EUR niedriger ausgefallen ist.

Vorausblickend muss festgestellt werden, dass auch zukünftig die Rückführung der investiven Verschuldung nicht möglich sein wird, da der Landkreis jährlich nur rund 1,8 Mio. EUR tilgt. Da allein die an das Land zu zahlende Krankenhausumlage jährlich knapp 0,7 Mio. EUR beträgt, werden die Handlungsmöglichkeiten des Landkreises massiv eingeschränkt. Selbst unter Inanspruchnahme von Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen ist die Finanzierung notwendiger Eigenanteile ohne Neuverschuldung schwer leistbar.

c) Bilanz

Mit der 15. Bilanz für den Kernbereich der Kreisfinanzen liegt zum 14. Mal eine zumindest andeutungsweise vergleichbare Stichtagsbetrachtung der wirtschaftlichen Situation des Landkreises vor.

Eine umfassende Bilanzkritik ist nach wie vor, auch aufgrund der nicht vorhandenen Gewinnorientierung, wenig sinnvoll. Zudem ist die Situation bilanziell so eindeutig, dass das Ableiten von Kennzahlen in großem Umfang zweifelsohne unverhältnismäßig wäre. Dennoch kann die Vermögens- und Schulden-situation des Landkreises, wie sie sich u. a. aus Ergebnis- und Finanzrechnung ergibt, nicht völlig unbeachtet bleiben. Erstmals im Beteiligungsbericht 2007 hat der Landkreis seine Beteiligungen einer Grob - Beurteilung anhand der vorgelegten Jahresabschlüsse unterzogen. Das Gleiche soll nunmehr im Folgenden wiederum mit dem Kernfinanzbereich geschehen. Im Beteiligungsbericht sind folgende Kennzahlen erhoben worden:

Kennzahl	Berechnung	Leitsätze für die Beurteilung
Eigenkapital- (Nettopositions) quote	$\frac{\text{Nettoposition} \times 100}{\text{Bilanzsumme}}$	Je höher die Eigenkapitalquote, desto höher ist die finanzielle Sicherheit und Unabhängigkeit des Unternehmens.
Anlagendeckung I	$\frac{\text{Nettoposition} \times 100}{\text{Anlagevermögen}}$	Je größer die Anlagendeckung ist, umso solider ist die Finanzierung.
Investitionsdeckung	$\frac{\text{Bruttoinvestitionen} \times 100}{\text{JahresAfA auf Anlageverm.}}$	Jahresbezogen sollen die Investitionen mindestens so hoch sein wie die Abschreibungen

Für den Landkreis ergeben sich dabei folgende Werte:

Kennzahl	Wert Landkreis 31.12.2013	Wert Landkreis 31.12.2014	Wert Landkreis 31.12.2015	Wert Landkreis 31.12.2016	Wert Landkreis 31.12.2017	Wert Landkreis 31.12.2018	Wert Landkreis 31.12.2019	Wert Landkreis 31.12.2020
Eigenkapital (Nettopositions)quote	-118,45%	-79,12%	4,05%	4,23%	3,58%	3,04%	8,80%	13,53%
Anlagen- deckung I	-153,23%	-86,00%	4,62%	4,82%	4,11%	3,55%	9,74%	14,75%
Investitions- deckung	163,39%	179,34%	100,21%	73,32%	122,73%	227,20%	1053,20%	132,32%

Wie aus der o.a. Tabelle ablesbar ist, waren sowohl die Eigenkapitalquote als auch die Anlagendeckung der Jahre 2008 – 2014 jeweils negativ. Diese Kennzahlen sind im Jahr 2014 erstmals deutlich verbessert, was auf die mit der Auflösung des optimierten Regiebetriebes Gebäudemanagement zum 31.12.2014 wieder in die Kernbilanz des Landkreises integrierten Vermögenswerte des Gebäudevermögens zurückzuführen ist.

Mit dem Erhalt der Entschuldungshilfe gelangt die Nettoposition des Landkreises erstmals in der Geschichte der Doppik beim Landkreis Lüchow-Dannenberg in den positiven Bereich. Die immer noch hohen Schulden aus der Ergebnisrechnung überragen das Anlagevermögen, also den idealtypischen Gegenwert von Schulden und Eigenkapital damit nicht mehr.

Gegenüber dem Jahr 2019 hat sich die Nettoposition um ca. 6,5 Mio. EUR erhöht, was im Wesentlichen darauf zurückzuführen ist, dass sich das Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr um 4.577.730,62 Euro verbessert hat. Damit zusammenhängend hat sich auch das Basis-Reinvermögen um 548.855,89 Euro verbessert. Für verschiedene Investitionen (u.a. Sporthalle Clenze und Ausbau Elberadweg) wurden Fördermittel abgerufen bzw. gezahlt, so dass nicht alle Investitionen zu 100 % kreditfinanziert werden mussten.

Die Investitionsdeckung verdeutlicht weiterhin, dass im Jahr 2016 erstmals keine über 100% liegende Reinvestition des Ressourcenverbrauches gelungen ist, was daran liegt, dass größere Investitionsvorhaben wie z.B. die Sanierung der Feuerwehrtechnischen Zentrale Dannenberg und des Schulzentrums Dannenberg aus verschiedenen Gründen nicht in 2016 durchgeführt / begonnen werden konnten.

Seit 2017 liegt die Investitionsdeckung wieder über 100 %. Für 2018 liegt mit 227 % eine relativ hohe Investitionsdeckung vor, da insbesondere die Maßnahmen im Schulzentrum und in der FTZ in Dannenberg nach erfolgten Ausschreibungen mit Investitionsauszahlungen weitergeführt werden konnten. Allerdings verünftlichte sich die Investitionsdeckung zum 31.12.2019 nahezu, da die Ausleihungen für die Investitionen in das Breitbandnetz sich gegenüber dem Vorjahr um fast 27 Mio. EUR erhöht haben. Für 2020 liegt wieder eine normale Investitionsdeckung leicht über 100 % vor.

17. Entwicklung der Sonderposten für den Gebührenaussgleich im Haushaltsjahr 2020

Sonderposten für den Gebührenaussgleich entstehen in Haushalten, die nach den Regeln des Neuen Kommunalen Rechnungswesens arbeiten, nur noch durch Ertragsüberschüsse.

Eine allgemeine Rücklage existiert nicht mehr. Sie wurde ersetzt durch eine entsprechende Überschussrücklage, die aber natürlich durch die negative Ergebnisrechnung nicht entstehen konnte. Insofern verbleiben ausschließlich die nachstehenden, gebührenfinanzierten Sonderposten der im Haushalt geführten kostenrechnenden Einrichtungen.

Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Bestände liquide nicht vorgehalten werden, also bis zur tatsächlichen Inanspruchnahme das Liquiditätskreditvolumen entlasten und der Kassenbestandsverstärkung dienen.

Bezeichnung	Stand 01.01.2020 EUR	Zugang EUR	Abgang EUR	Stand 31.12.2020 EUR
Sonderposten Gebührenaussgleich Rettungsdienst	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonderposten Gebührenaussgleich Abfall	620.211,06	0,00	175.069,90	445.141,16
Sonderposten Gebührenaussgleich Großschlachtbetriebe	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonderposten Gebührenaussgleich Fleischbeschau	0,00	0,00	0,00	0,00

Lüchow, den 27.07.2021

Landkreis Lüchow-Dannenberg
- Der Landrat -
Gez. Jürgen Schulz

Anlagen

- Aufstellung über- und außerplanmäßiger Ausgaben 2020
- Liste Bestand Verwahrgelass